

*In der Fassung vom 22.07.2008 (Mitteilungsblatt des Amtes Oeversee Seite 167 vom 25.07.2008)*

**Änderungen:**

1. Nachtrag vom 10.12.2008; in Kraft getreten am 01.07.2008 (Mitteilungsblatt Seite 254 vom 19.12.2008)
2. Nachtrag vom 30.09.2009, in Kraft getreten am 03.10.2009 (Mitteilungsblatt Seite 92 vom 02.10.2009)
3. Nachtrag vom 19.07.2010, in Kraft getreten am 01.08.2010 (Mitteilungsblatt Seite 92 vom 23.07.2010)
4. Nachtrag vom 29.09.2011; in Kraft getreten am 01.08.2011 (Mitteilungsblatt Seite 155 vom 07.10.2011)
5. Nachtrag vom 27.04.2012; in Kraft getreten am 01.07.2012 (Mitteilungsblatt Seite 62 vom 04.05.2012)
6. Nachtrag vom 29.06.2012; in Kraft getreten am 01.07.2012 (Mitteilungsblatt Seite 102 vom 06.07.2012)
7. Nachtrag vom 29.06.2015; in Kraft getreten am 01.01.2015 (Mitteilungsblatt Seite 56 vom 03.07.2015)
8. Nachtrag vom 28.06.2016, in Kraft getreten am 01.07.2016 (Mitteilungsblatt Seite 82 vom 01.07.2016)
9. Nachtrag vom 11.12.2020, in Kraft getreten am 01.01.2021 (Mitteilungsblatt Seite 99 vom 18.12.2020)

**SATZUNG**

**des Amtes Oeversee  
über  
die Entschädigung ihrer Ehrenbeamten und ihrer ehrenamtlich Tätigen  
(Entschädigungssatzung)**

Aufgrund des § 24 a der Amtsordnung für Schleswig-Holstein (AO), der Landesverordnung über Entschädigungen in kommunalen Ehrenämtern (EntschVO), der Entschädigungsverordnung freiwillige Feuerwehren (EntschVOFF) und der Richtlinien über die Entschädigung von Mitgliedern der freiwilligen Feuerwehren und der Pflichtfeuerwehren (EntschRichtl-fF) wird nach Beschlussfassung des Amtsausschusses vom 10.07.2008 folgende Entschädigungssatzung für die Amtsverwaltung Oeversee erlassen:

**§ 1  
Grundsatz**

Ehrenbeamtinnen und -beamte, Gemeindevorsteherinnen und -vertreter sowie ehrenamtliche Bürgerinnen und Bürger (einschließlich Feuerwehr) erhalten eine Entschädigung oder Auslagenerstattung nach dieser Satzung.

## § 2 **Amtsvorsteher/in**

(1) Die Amtsvorsteherin oder der Amtsvorsteher erhält eine Aufwandsentschädigung als monatliche Pauschale nach Maßgabe des Höchstsatzes der EntschVO. Daneben erhält die Amtsvorsteherin oder der Amtsvorsteher für Fahrten innerhalb des Amtsbereiches eine monatliche Reisekostenpauschale in Höhe von 38,00 €. Für Dienstreisen über den Amtsbereich Oeversee hinaus finden für die Erstattung von Reisekosten die Bestimmungen des Bundesreisekostengesetzes entsprechende Anwendung.

(2) Der Stellvertreterin oder dem Stellvertreter der Amtsvorsteherin oder des Amtsvorstehers wird bei Verhinderung der Amtsvorsteherin oder des Amtsvorsteher für ihre oder seine besondere Tätigkeit als Vertretung eine entsprechende Aufwandsentschädigung gewährt, deren Höhe von der Dauer der Vertretung abhängt.

Die Aufwandsentschädigung beträgt für jeden Tag, an dem die Amtsvorsteherin oder der Amtsvorsteher vertreten wird, 38,00 €.

Wird die Vertretung der Amtsvorsteherin oder des Amtsvorsteher durchgehend länger als einen Monat wahrgenommen, erhält die Stellvertreterin oder der Stellvertreter ab dem ersten Tag der Vertretung eine Reisekostenpauschale gem. Absatz 1.

## § 3 **Mitglieder des Amtsausschusses und der Ausschüsse**

(1) Die Mitglieder des Amtsausschusses erhalten für die Teilnahme an Sitzungen des Amtsausschusses, der Ausschüsse, denen sie angehören sowie für die Teilnahme an sonstigen in der Hauptsatzung bestimmten Sitzungen und für sonstige Tätigkeiten für das Amt ein Sitzungsgeld in Höhe von 29,00 €.

(2) Die Stellvertretenden der Mitglieder des Amtsausschusses erhalten für die Teilnahme an Sitzungen des Amtsausschusses im Vertretungsfalle ein Sitzungsgeld in Höhe von 29,00 €.

(3) Ausschussvorsitzende mit Ausnahme des Vorsitzenden des Amtsausschusses und bei deren Verhinderung deren Vertretende erhalten für jede von ihnen geleitete Ausschusssitzung ein zusätzliches Sitzungsgeld in Höhe von 29,00 €.

## § 4 **Gleichstellungsbeauftragte**

Die ehrenamtliche Gleichstellungsbeauftragte erhält eine Aufwandsentschädigung als monatliche Pauschale nach Maßgabe des Höchstsatzes der EntschVO.

Darüber hinaus erhält die ehrenamtliche Gleichstellungsbeauftragte des Amtes nach Maßgabe der EntschVO für die Teilnahme an Sitzungen des Amtsausschusses und der Ausschüsse des Amtes ein Sitzungsgeld in Höhe von 19 €.

## § 5 Flüchtlingsbeauftragte/r

Die oder der ehrenamtliche Flüchtlingsbeauftragte erhält eine Aufwandsentschädigung als monatliche Pauschale in Höhe von 900,00 €.

## § 6 Mitglieder der Freiwilligen Feuerwehr

(1) Die Amtswehrführerin oder der Amtswehrführer erhält nach Maßgabe der Entschädigungsverordnung freiwillige Feuerwehren (EntschVOFF) eine monatliche Aufwandsentschädigung in Höhe des Höchstbetrages der Verordnung. Daneben erhält sie oder er ein Kleidergeld gem. § 3 der EntschVOFF.

(2) Die Stellvertretung der Amtwehrführung nach Abs. 1 erhält eine monatliche Aufwandsentschädigung und daneben ein monatliches Kleidergeld die bzw. das die Hälfte der Aufwandsentschädigung und des Kleidergeldes der Amtswehrführung beträgt.

(3) Die Atemschutzgerätewartin oder der Atemschutzgerätewart auf Amtsebene erhält eine monatliche Aufwandsentschädigung in Höhe von 20,00 €.

Die Funkwartin oder der Funkwart auf Amtsebene erhält eine monatliche Aufwandsentschädigung in Höhe von 15,00 €.

## § 7 Verdienstausfall- und Abwesenheitsentschädigung

(1) Ehrenbeamten und -beamten, ehrenamtlich tätigen Bürgerinnen und Bürgern, Gemeindevertreterinnen und -vertretern, den nicht der Gemeindevertretung angehörenden Mitgliedern und stellvertretenden Mitgliedern von Ausschüssen und Mitgliedern von Beiräten ist der durch die Wahrnehmung des Ehrenamtes oder die ehrenamtliche Tätigkeit während der regelmäßigen Arbeitszeit entgangene Arbeitsverdienst aus unselbständiger Arbeit auf Antrag in der nachgewiesenen Höhe gesondert zu ersetzen. Ferner ist der auf den entgangenen Arbeitsverdienst entfallende Arbeitgeberanteil zur Sozialversicherung zu erstatten, soweit dieser zu Lasten der oder des Entschädigungsberechtigten an den Sozialversicherungsträger abgeführt wird. Sind die in Satz 1 genannten Personen selbstständig, so erhalten sie für den durch die Wahrnehmung des Ehrenamtes oder die ehrenamtliche Tätigkeit während der regelmäßigen Arbeitszeit entstandenen Verdienstausfall auf Antrag eine Verdienstausfallentschädigung, deren Höhe je Stunde im Einzelfall auf der Grundlage des glaubhaft gemachten Verdienstausfalls nach billigem Ermessen festgesetzt wird. Der Höchstbetrag der Verdienstausfallentschädigung je Stunde entspricht dem Höchstsatz eines Sitzungsgeldes nach § 12 Entschädigungsverordnung; der tägliche Höchstbetrag der Verdienstausfallentschädigung beträgt 250,00 €.

(2) Personen nach Abs. 1 Satz 1, die einen Haushalt mit mindestens zwei Personen führen und nicht oder weniger als 20 Stunden je Woche erwerbstätig sind, erhalten für

die durch das Ehrenamt oder die ehrenamtliche Tätigkeit bedingte Abwesenheit vom Haushalt während der regelmäßigen Hausarbeitszeit gesondert auf Antrag für jede volle Stunde der Abwesenheit eine Entschädigung. Der Stundensatz dieser Entschädigung beträgt 15,00 €. Auf Antrag sind statt einer Entschädigung nach Stundensätzen die angefallenen notwendigen Kosten für eine Vertretung im Haushalt zu ersetzen.

(3) Personen nach Abs. 1 Satz 1 der werden auf Antrag die nachgewiesenen Kosten einer durch die Wahrnehmung des Ehrenamtes oder die ehrenamtliche Tätigkeit erforderlichen entgeltlichen Betreuung von Kindern, die das 14. Lebensjahr noch nicht vollendet haben, oder pflegebedürfiger Familienangehöriger gesondert erstattet. Dies gilt nicht für Zeiträume, für die entgangener Arbeitsverdienst aus unselbstständiger Arbeit oder Verdienstausfallentschädigung nach Absatz 1 oder eine Entschädigung nach Absatz 2 gewährt wird.

(4) Personen nach Absatz 1 Satz 1 ist für Dienstreisen Reisekostenvergütung nach den für die Beamtinnen und Beamten des Landes geltenden Grundsätzen zu gewähren. Fahrkosten, für die Fahrten zum Sitzungsort und zurück, höchstens jedoch in Höhe der Kosten der Fahrt von der Hauptwohnung zum Sitzungsort und zurück, werden gesondert erstattet. Bei Benutzung privateigener Kraftfahrzeuge richtet sich die Höhe der Entschädigung nach den Sätzen des § 5 Bundesreisekostengesetz.

## **§ 8 Inkrafttreten**

Diese Entschädigungssatzung tritt rückwirkend zum 01.07.2008 in Kraft.

Tarp, den 22.07.2008

AMT OEVERSEE  
DER AMTSVORSTEHER

gez.  
Herbert Jensen  
Amtsvorsteher